

Burgdorf, 23.03.2015

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **19.03.2015** Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1

17.WP/UmVerkA/027

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:25 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Peters, Kai

stellv. Vorsitzende

Leykum, Maria

Mitglied/Mitglieder

Bublitz, Werner
Heldt, Gabriele
Köneke, Klaus
Morich, Hans-Dieter
von Oettingen, Gero
Weinel, Olaf

stellv. Mitglied/Mitglieder

Dralle, Karl-Heinz

als Vertretung für Herrn Kizilyel

Beratende/s Mitglied/er

Kusber, Paula
Suszka, Bernd

Gast/Gäste

Alrutz, Dankmar (Büroleiter PGV)

Planungsgemeinschaft Verkehr bis TOP 4

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Herbst, Rainer
Krause, Julia
Vollmert, Claudia

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 26.02.2015
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Mitteilung - Y-Trasse: Sachstandbericht optional nach Bedarf
 - 3.2. Mitteilung - Lärmaktionsplanung, Eisenbahnbundesamt hat neue Lärmkarten vorgelegt
Vorlage: 2015 0826
4. Bericht über die Möglichkeiten der Verlängerung der Fahrradstraße in der Südstadt - Bericht von Herrn Alrutz (PGV- Planungsgemeinschaft Verkehr)
5. Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen
Vorlage: 2015 0834
6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
7. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Frau Leykum teilt mit, dass sich Herr Kleinschmidt entschuldigen lässt. **Herr Peters** stellt Herrn Konerding vor. Er wird Herrn Bethmann als beratendes Mitglied in der nächsten Zeit vertreten. Die offizielle Bestätigung durch die Verwaltung muss aber noch erfolgen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 26.02.2015

Herr Köneke bittet bei TOP 4 c) um folgende Ergänzung seiner Aussage: „... nicht beeinträchtigt wird, *weil es keine Linksabbiegespur gibt.*“

Mit dieser Änderung wird das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom **26.02.2015** mit **6 Ja-Stimmen** und **3 Enthaltungen** genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Herbst teilt mit,

- a) dass laut Mitteilung der Region Hannover die Grundwasseruntersuchungen der Sonderabfalldeponie (SAD) Ehlershausen bei Bedarf (ca. alle 5 Jahre) stattfinden. Eine Untersuchung ist für 2015 geplant.
- b) dass die Messergebnisse der Straßenverkehrsabteilung als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt sind.
- c) dass die Eiben vor dem Rathaus II nochmals gekappt werden. Dies ist erforderlich, um das bessere Wachstum weiterhin zu fördern. Vor zwei Jahren wurden diese das erste Mal beschnitten. Inzwischen haben die Eiben bereits wieder kräftig aus dem Stamm ausgetrieben.
- d) dass im Rahmen der Baumaßnahmen zur Schulverlegung Gudrun-Pausewang-Grundschule ca. 29 Bäume gefällt werden müssen. Dies ist erforderlich, um das Baufeld möglichst kurzfristig freizuräumen, bevor die Bäume begrünt sind. Vorab wird eine Begehung mit dem NABU erfolgen. Auch im Bereich des Südstadtbistros sind Bäume bzw. Büsche zu stutzen.
Herr Baxmann bittet um Dokumentation der Arbeiten, um dies für das gesamte Projekt festzuhalten.

3.1. **Mitteilung - Y-Trasse: Sachstandbericht optional nach Bedarf**

Zur Y-Trasse gibt es keine neuen Informationen.

3.2. **Mitteilung - Lärmaktionsplanung, Eisenbahnbundesamt hat neue Lärmkarten vorgelegt** **Vorlage: 2015 0826**

Herr Peters erkundigt sich, ob es Simulationen zum Ist-/Soll-Zustand gibt, unter Berücksichtigung des zusätzlichen Verkehrs, der dort ohne Änderungen an den Schienen verkehren soll.

Antwort über Protokoll:

Die Ausarbeitung der Lärmkarten entsprechend § 47c BImSchG, die durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) erfolgte, stellt eine Bestandsanalyse dar. Berücksichtigt wurde lt. Kartendienst des EBA ein Verkehrsaufkommen von 59.604 Zügen/Jahr im Streckenabschnitt südlich des Bahnhofs Burgdorf und von 58.985 Zügen/Jahr im Streckenabschnitt nördlich des Bahnhofs Burgdorf. Verkehrsprognosen wurden nicht berücksichtigt und dies sieht § 47c BImSchG auch nicht vor. Wie das EBA bei dem folgenden Schritt der Lärmaktionsplanung vorgehen wird, ist derzeit noch nicht bekannt.

In Bezug auf die Y-Trassenplanung sollen voraussichtlich zur nächsten Sitzung des Dialogforums „Schiene Nord“ am 24.04.2015 auch Prognosedaten für die unterschiedlichen Varianten präsentiert werden. Danach würde es der Stadt Burgdorf möglich sein, eigene Immissionsprognosen zu erstellen.

Der Frage über die derzeit rechtlich zulässige maximale Streckenauslastung in Burgdorf geht die Verwaltung aktuell nach.

Herr Weinel gibt zu bedenken, dass die Lärminderung immer nur durch Erneuerung der Bremsklötze erfolgen soll. Dabei kann an den Waggons noch viel mehr zur Lärminderung getan werden. Allerdings macht die Bahn nur das, was gesetzlich vorgeschrieben ist.

Herr Baxmann weist darauf hin, dass Herr Brinkmann bereits Kontakt zu der Arbeitsgruppe aufgenommen hat.

4. **Bericht über die Möglichkeiten der Verlängerung der Fahrradstraße in der Südstadt - Bericht von Herrn Alrutz (PGV- Planungsgemeinschaft Verkehr)**

Herr Herbst stellt Herrn Alrutz von der Planungsgemeinschaft Verkehr vor und erläutert seinen Arbeitsauftrag.

Herr Alrutz präsentiert anhand von Folien seine Ergebnisse. Die Präsentation wird dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt. Zunächst stellt er die Ausgangslage dar und erläutert die Überlegungen zur Verlängerung der Fahrradstraße bis zum Berliner Ring.

Problematisch ist die Verlängerung, da es sich um eine Tempo-30-Zone handelt und es einen abknickenden Vorfahrtsbereich gibt. Hier sind entsprechende verkehrsrechtlichen Regelungen zu beachten.

Herr Alrutz empfiehlt eine Vorfahrtsregelung für die Fahrradstraße. Da in Tempo-30-Zonen jedoch grundsätzlich die Rechts-Vor-Links-Regelung gilt, ist an diversen Stellen eine Umgestaltung notwendig. Als zu bevorzugende Möglichkeit stellt er den durchgezogenen Bord vor. Zur Sicherheit kann zusätzlich ein „Vorfahrt achten“-Schild aufgestellt werden.

Weiterhin schlägt **Herr Alrutz** vor, die Fahrradstraße zusätzlich zu den Schildern am Anfang und am Ende auffällig zu kennzeichnen. Dies kann zum Beispiel durch Piktogramme, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden, geschehen.

Als Ergebnis seiner Arbeit teilt **Herr Alrutz** mit, dass die Verlängerung der Fahrradstraße zu empfehlen ist. Eine Verlängerung schafft eine Durchgängigkeit der Fahrradstraße von der Innenstadt bis zur Schule. Bisher hört diese mitten im Wohngebiet ohne erkennbaren Grund auf. Weiterhin ist die Verlängerung auch verkehrstechnisch sinnvoll. Nur in der Richard-Wagner-Straße ist darauf zu achten, dass eine deutliche Gestaltung z. B. mittels Aufpflasterungen und Einengungen erfolgt.

Herr Morich lobt den Vortrag von Herrn Alrutz.

Herr Köneke hat Bedenken gegen die abgesenkten Bordsteine. Er befürchtet, dass die Vorfahrtsregel von vielen nicht eingehalten wird. Daher empfiehlt er hier die zusätzliche Aufstellung von „Vorfahrt achten“-Schildern. Weiterhin haben Radfahrer auf Fahrradstraßen besondere Rechte. Am Ende müssen sie sich aber wieder in den normalen Verkehr einordnen. Daher hält **Herr Köneke** es für wichtig, das Ende der Fahrradstraße zu kennzeichnen.

Herr Alrutz antwortet, dass Fahrradstraßen nur als Ausnahmen für stark von Radfahrern frequentierte Strecken eingerichtet werden. Eine Kennzeich-

nung mittels Markierung soll die Besonderheit der Fahrradstraße hervorheben.

Herr Köneke weist darauf hin, dass die meisten Schüler im Pulk die Fahrradstraße befahren. Aber trotzdem wird erwartet, dass sie die Verkehrsregeln einhalten. **Herr Baxmann** berichtet von seinen Beobachtungen, dass Schüler im Pulk sich ihre Vorfahrt nehmen. Sind sie jedoch einzeln unterwegs, fahren sie wesentlich vorsichtiger und bestehen im Zweifel nicht auf ihre Vorfahrt.

Herr Bublitz findet die Verlängerung der Fahrradstraße gut, damit sie nicht wie bisher abrupt endet. Er meint, dass ein abgesenkter Bordstein gewöhnungsbedürftig ist. Es dauert, bis die Verkehrsteilnehmer sich daran gewöhnt haben.

Herr Bublitz gibt zu bedenken, dass auch auf dem Schulgelände noch Fahrradabstellanlagen geplant werden. Wenn die Fahrradstraße an der Grünwaldstraße endet, muss der Berliner Ring trotzdem noch gequert werden.

Herr Herbst antwortet, dass es diese Frage bereits im Rahmen der Überlegungen zum Standort der Abstellanlagen gegeben hat. Laut Auskunft der Polizei nutzen Grundschüler die Fußgängerüberwege (FGÜ) ordnungsgemäß. Auch bei den Oberstufenschülern sieht die Polizei keine Gefahr. Ein zweiter FGÜ soll im Rahmen der Baumaßnahmen in dem Bereich eingerichtet werden.

Herr Suszka fragt, ob es auch Überlegungen gibt, die Fahrradstraße direkt bis zur Schule zu verlängern. Bisher gibt es noch keinen Beschluss für die Fahrradabstellanlage an dem Standort. **Herr Alrutz** berichtet, dass die Führung der Fahrradstraße über den Berliner Ring nicht sinnvoll ist. Diese Straße hat einen ganz anderen Charakter. Somit wird die Fahrradstraße in jedem Fall an der Grünwaldstraße enden. **Herr Baxmann** ergänzt, dass der Bauausschuss, der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport sowie der Umwelt- und Verkehrsausschuss den Standort an der Grünwaldstraße befürworten.

Herr Herbst teilt mit, dass die Fahrradstraße nicht direkt am Berliner Ring enden wird, sondern in Höhe der Zufahrt zu den geplanten Fahrradabstellanlagen.

Frau Leykum teilt mit, dass die Verlängerung der Fahrradstraße erst sinnvoll ist, wenn auch die anderen Maßnahmen zur Schulverlegung umgesetzt werden. Sie fragt, ob die Einbahnstraße in der Grünwaldstraße weiterhin bestehenbleiben soll. Weiterhin weist sie darauf hin, dass sie die sog. Kissen für unfallträchtig hält.

Herr Alrutz erläutert, dass für den Kfz-Verkehr weiterhin die Einbahnstraßenregelung gelten soll. Für den Radverkehr solle jedoch die Nutzung in beide Richtungen möglich sein.

Herr Herbst berichtet, dass zunächst eine konkrete Planung aufgestellt werden muss. Aufgrund dieser sind dann Haushaltsmittel zu beantragen. Vor Beginn der Maßnahme ist zudem ein Ausbauprogramm aufzustellen, welches von der Politik beschlossen wird. Die Maßnahmen werden zeitgleich mit der Schulverlegung durchgeführt. Wenn die Grundschule umgezogen ist, sollten auch die Fahrradabstellanlage und die Verlängerung der Fahrradstraße fertiggestellt sein.

Herr Bublitz erkundigt sich, ob man überlegen sollte, nach Abschluss der Schulverlegung die Grünwaldstraße für den Kfz-Verkehr zu sperren. **Herr Baxmann** antwortet, dass zunächst abgewartet werden muss, wie sich die

Fläche städtebaulich entwickelt.

Herr Peters bedankt sich bei Herrn Alrutz für die Ausführungen zur Fahrradstraße.

5. **Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen** **Vorlage: 2015 0834**

Herr Morich lobt das Konzept zum barrierefreien Umbau von Bushaltestellen.

Herr Köneke erkundigt sich, warum es bei vier Haltestellen lediglich eine Wartehalle gibt. **Herr Herbst** erläutert, dass es sich laut RegioBus bei den Bushaltestellen Richtung Bahnhof um Einsteiger-Haltestellen handelt. Stadtauswärts sind es Aussteiger-Haltestellen, hier warten die Personen nicht, sondern gehen nach Hause. Daher reicht eine Wartehalle aus.

Herr Herbst berichtet, dass es an der Haltestelle Am Nassen Berg Richtung Bahnhof sehr eng ist. Daher war es Wunsch aus der Runde der mobilitäts eingeschränkten Personen, dass die Änderung der Wartehalle in dem Konzept aufgenommen wird.

Herr Köneke fragt, ob es möglich ist die Wartehalle zu verschieben. Dann besteht weiterhin die Möglichkeit der Werbung durch die DSM und die Einnahmen entfallen nicht. Er schlägt vor, Gespräche mit dem Tankstellenpächter zu führen.

Auch **Herr von Oettingen** befürwortet, die große Wartehalle mit der Werbefläche dort zu belassen.

Herr Herbst antwortet, dass dies nur möglich ist, wenn der Tankstellenpächter dies duldet. Ansonsten ist es an der Stelle zu eng.

Frau Leykum erkundigt sich nach weiteren Ausbaumaßnahmen für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen. **Herr Herbst** berichtet, dass die in der Vorlage vorgestellten Maßnahmen für 2015 gelten. Für 2016 sollen dann weitere Vorschläge folgen. Auch Bushaltestellen in der Weststadt müssen noch umgebaut werden. Der Umbau von Bushaltestellen erfolgt in Absprache und wird weiter verfolgt.

Herr Köneke fragt, wie lange die Vollsperrung geplant ist. **Herr Herbst** antwortet, dass mit einer Vollsperrung von mindestens 3-4 Monaten zu rechnen ist. Eine Umleitung ist aber über die Umgehungsstraße und die Sorgenener Straße möglich. **Herr Herbst** weist darauf hin, dass auch die Avacon Leitungen erneuert werden. Dies kann zu Problemen führen, da auch Wasserleitungen erneuert werden. Diese müssen erst keimfrei sein, bevor die Rohrgräben wieder verfüllt werden können, so dass eine Fertigstellung erst im Herbst möglich ist.

Frau Kusber bittet um Information, wenn die Stellungnahme der Behindertenbeauftragten der Region vorliegt. Dies sichert **Herr Herbst** zu.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr ist einheitlich der Meinung, dass zunächst Gespräche mit dem Tankstellenpächter zur Duldung der Wartehalle auf seinem Grundstück geführt werden sollen. Wenn hieraus kein positives Ergebnis erzielt werden kann, soll der Ausbau wie in der Vorlage Nr. 2015 0834 vorgeschlagen, erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, lässt über die Vorlage Nr. 2015 0834 **mit dem Zusatz**, dass Gespräche mit dem Tankstellenpächter geführt werden, wie folgt abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Ausbau der barrierefreien Bushaltestellen erfolgt wie im Ausbauprogramm in der Vorlage 2015 0834 dargestellt.

- einstimmiger Beschluss -

6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Anregungen an die Verwaltung

Herr Bublitz erkundigt sich nach den Baumaßnahmen an der Kläranlage. Hier wird derzeit viel gebaut, daher ist er an einer Besichtigung interessiert. **Herr Herbst** antwortet, dass eine Besichtigung gerne erfolgen kann. Sinnvoller ist dies jedoch erst im Herbst nach Inbetriebnahme der Faulung, z. B. im Rahmen einer Ausschusssitzung in den Räumen der Kläranlage.

Herr von Oettingen weist auf den Radweg zwischen Schillerslage und Engensen hin. Man kann neben der Brücke auch den Tunnel nutzen. Jedoch ist der Weg nur im Bereich des Tunnels asphaltiert. Er fragt, ob man der Region Hannover einen Ausbau vorschlagen sollte. **Herr Herbst** berichtet, dass die Stadt Burgdorf zuständig ist und für den Ausbau vor einiger Zeit bereits Mittel für den Haushalt beantragt wurden. Diese wurden jedoch gestrichen. Im Rahmen des 2. Bauabschnittes im Gewerbepark soll die Lücke zwischen dem Marris-Mühlenweg und dem Tunnel aber geschlossen werden.

Herr Herbst berichtet, dass der Besuch bei Herrn Fischer – neuer Leiter des Straßenbauamtes – stattgefunden hat. Es wurden auch diverse ältere Themen angesprochen. Die Liste der besprochenen Themen wird als **Anlage 3** dem Protokoll beigefügt. Teilweise wird auf Antworten schon seit mehreren Jahren gewartet. Herr Fischer hat bei dem Besuch darauf hingewiesen, dass das Straßenbauamt personell derzeit schlecht aufgestellt ist.

Aufgrund der Anlage zum letzten Protokoll bezüglich der Verkehrszählungen, erkundigt sich **Herr Bublitz** nach den damaligen Prognosezahlen für Sorgensen.

Herr Herbst antwortet, dass an allen wichtigen Einfallstraßen Verkehrszählungen erfolgen sollen. Mit diesen Zahlen soll ein Vergleich mit den Prognosezahlen hergestellt werden, der dann dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden soll. Die Prognosezahl für Sorgensen wird vorab über das Protokoll mitgeteilt.

Antwort über Protokoll:

Prognosezahlen für den Bereich Sorgensen liegen lediglich aus einer Verkehrsmengenprognose aus dem Jahr 2001 vor. In dieser Prognose wurde die Entwicklung von Motorisierung und Fahrleistungen, bezogen auf ein Progno-

sejahr, abgeschätzt. Die Ermittlung des im Prognosejahr 2015/2020 zu erwartenden Motorisierungsgrades basiert u.a. auf der Shell-Prognose aus dem Jahr 2001. Die Wirtschaftsanalysen der Shell AG mit ihren Abschätzungen der Verkehrsentwicklung haben sich auf das Gebiet der gesamten Bundesrepublik Deutschland bezogen.

Für den Bereich Sorgensen (Hauptstraße, ohne Weferlingsen) ergab die Prognose für 2020 eine Verkehrsmenge von 5.636. In dieser Prognosezahl wurde die Marktstraße mit reduzierter Befahrbarkeit berücksichtigt. Dieser Planungsfall ging davon aus, dass die Marktstraße durch Umbau des Straßenraumes und verkehrslenkende Maßnahmen ein Verkehrsaufkommen von etwa 10.000 Kfz/24 h aufweist (in 2011 wurden 10.830 Kfz gezählt).

Herr Peters erkundigt sich nach einem Schreiben von Frau Westphal in Bezug auf die Gehwege in der Zintener Straße und welches Ergebnis hier erzielt wurde. **Herr Herbst** teilt mit, dass es einen Ortstermin gegeben hat. Derzeit sind keine Maßnahmen am Gehweg geplant. Dies wurde Frau Westphal entsprechend erläutert. Über die Situation wollte Frau Westphal intern im Seniorenrat nochmal diskutieren.

Herr Baxmann ergänzt, dass derzeit überlegt wird, die Situation an der Wilhelmstraße zu verbessern. Die Maßnahmen wurden dem Seniorenrat anhand von Plänen vorgestellt. Derzeit wird auf eine Rückmeldung des Seniorenrates diesbezüglich gewartet.

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin